



Wuqûf-Kurzanalyse Nr. 18

Edition Wuqûf, Hamburg, August 2009
ISSN 0948-0951

Zusammenfassung

Obwohl einige deutsche Vertreter der Disziplin Internationale Politik (IP) seit dem Zweiten Weltkrieg „Politiknähe“ kritisch bewerten, ist offensichtlich, daß die Disziplin zur Paradigmenbildung Anstöße der Politik braucht und ihre Prognosefähigkeit nur durch mehr Kontakt in die Politik verbessern kann. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und ihren militärischen Folgen (Intervention und Krieg in Afghanistan, Irak) ist der Bedarf an anwendungsorientierter politikwissenschaftlicher Forschung deutlich gestiegen. Der vorliegende Beitrag plädiert für einen intensiveren Austausch zwischen der Disziplin IP und der Politik und für eine Rehabilitierung und Förderung des Area-Studies-Ansatzes in den Politikwissenschaften. Um eine konstruktive Beziehung zur Politik zu etablieren müßte die Disziplin IP nach Ansicht der Autoren vier Bedingungen erfüllen: (1) den Bedarf der Politik stärker berücksichtigen; (2) eine eigene deutsche und europäische Problemwahrnehmung entwickeln; (3) die eigenen paradigmatischen Grundlagen kritisch hinterfragen; (4) die Forschung stärker auf Nicht-OECD-Staaten und nichtstaatliche Akteure konzentrieren.

Die Disziplin „Internationale Politik“ und die Politik: ein kompliziertes Verhältnis

Sigrid Faath / Hanspeter Mattes

Soll Politikwissenschaft Grundlagenforschung oder anwendungsorientierte und politiknahe Forschung sein? Inwieweit und in welcher Form akademische Forschung mit Blick auf den Aspekt „Verwertbarkeit“ und „Praxisrelevanz“ betrieben werden soll, ist in Deutschland unter Politikwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlern allgemein eine nach wie vor umstrittene Frage.

Die Einstellung zur Politikferne oder Politiknähe und zur Verwertbarkeit der Politikwissenschaft ist vor allem länderspezifisch unterschiedlich ausgeprägt. In den

USA ist eine politiknah arbeitende Politikwissenschaft der Regelfall, der Austausch mit der Politik inhaltlich und institutionell kontinuierlich.

In der Bundesrepublik Deutschland ist das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik seit dem Zweiten Weltkrieg dagegen von größerer Distanz geprägt. Die negativen historischen Erfahrungen mit der Instrumentalisierung von Wissenschaft während des Nationalsozialismus wirken hier nach. Claus Offe hat so zum Beispiel in einer Veröffentlichung von 1977 die aufklärerische Funktion der Sozialwissenschaften durch Politiknähe sogar als regelrecht gefährdet eingestuft.

Betrachtet man jedoch die Geschichte der Disziplin *Internationale Beziehungen/Internationale Politik* (IB/IP)¹ und ihre Theoriedebatten, dann wird deutlich, daß die Disziplin von der Beziehung und dem Austausch mit der Politik lebt. Man könnte überspitzt sogar sagen, die Disziplin reagierte weitgehend nur auf politische Ereignisse und politische Nachfrage. Denn die Anstöße zur Paradigmenbildung kamen zum einen durch „überraschende Ereignisse“, die die Disziplin nicht zum Erklären im Stande war, und zum anderen durch das Verlangen der Politik nach eben diesen Erklärungen und einer verbesserten Prognosefähigkeit.

Der folgende Überblick dieses Austauschs – manchmal „wider Willen“ – befaßt sich mit dem Verhältnis der Disziplin IP zur Politik und ihrem Einfluß auf die Paradigmen Diskussion vor 1989, weil deren Nachhall bis heute zu spüren ist, und mit der Paradigmen Diskussion und dem Bedarf der Politik an Kontakten zur Wissenschaft seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Der Beitrag schließt mit der Formulierung einiger Bedingungen, die eine produktive Zusammenarbeit der Disziplin IP und der politischen Praxis konsolidieren könnten.

1. Zur Paradigmen Diskussion und dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik bis 1989/90

Als nach dem Ersten Weltkrieg gemäß dem Beschluß der Pariser Friedenskonferenz vom Mai 1919 zunächst in den USA und Großbritannien, dann in Deutschland und in der Schweiz Forschungseinrichtungen für internationale Angelegenheiten eingerichtet wurden, und der Völkerbund 1920 seine Arbeit aufnahm, dominierte das *idealistische Forschungsparadigma* die Lehrinhalte. Als „Friedenswissenschaft“ war sie Kant verpflichtet. Das idealistische Paradigma, das vom Menschen als lernfähiges, vernunftbegabtes und aus diesem Grund dem Ziel des

¹ Im folgenden Text wird als Abkürzung IP verwendet.

Friedens gegenüber aufgeschlossenes Wesen ausgeht, gab das Raster vor, innerhalb dessen sich die Beziehung Politik und Wissenschaft, Wissenschaft und Gesellschaft abspielen sollte: Die neu gegründeten Forschungsinstitute waren für die Politikberatung zuständig, während die universitäre Lehre der Friedenserziehung und Demokratieförderung dienen sollte gemäß der Annahme, daß Demokratieförderung mit der Förderung des Friedens gleichzusetzen sei. Die in Berlin 1918 gegründete Staatsbürgerschule, 1920 unbenannt in Deutsche Hochschule für Politik, war eine solche der Friedens- und Demokratieförderung verpflichtete Einrichtung.

Das idealistische Paradigma wurde durch das Scheitern des Völkerbundes, expansionistische Politik zu unterbinden² und den internationalen Frieden zu wahren, mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erschüttert. Die Frage *wie* unter den als anarchisch eingestuften Bedingungen der Staatenwelt die Ziele nationale Existenzsicherung, Sicherung des Friedens und nationale Wohlfahrt als zentrale Aufgaben der Politik umgesetzt werden können, und auf welche Art und Weise diese Ziele für möglichst viele Staaten realisiert werden können, brachte einen neuen Erklärungsansatz hervor: das Thomas Hobbes verpflichtete *realistische Paradigma*. Das zugrundeliegende Menschen- und Weltbild ist die Antithese zum idealistischen Paradigma. Das realistische Paradigma dominierte bis in die 1970er Jahre die Disziplin IP und bestimmte die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wie auch Westeuropas.

Frieden in Form einer zumindest in einigen Weltregionen für realisierbar erachteten „Abwesenheit von Krieg“ blieb zentrales Thema der Disziplin IP. Das politische Ziel „Frieden“ ersetzten die Realisten vor dem Hintergrund des „kalten Krieges“ allerdings durch das Teilziel „Sicherheit“. „Sicherheit“ durch Selbsthilfe, d.h. durch Aufrüstung, wurde als machbar erklärt. Trotz einer als anarchisch eingestuften Welt, in der ein differenziertes Bild des Menschen als „nicht nur gut“ überwiegt, die Lernfähigkeit des Menschen als begrenzt gilt und der Machttrieb als zentral eingestuft wird. Die Frage, *wie* unter diesen Voraussetzungen Sicherheit umgesetzt werden kann, wurde zum Anliegen der Staatsführungen der „westlichen Welt“ und der politikwissenschaftlichen Forschung der Disziplin IP. Die politisch-militärische Allianz Westeuropas mit den USA und die politisch, wirtschaftlich, militärisch und wissenschaftlich führende Rolle der USA hat auch in Westeuropa die realistische Sichtweise in Politik und Wissenschaft begünstigt.

² So konnte weder der japanische Einmarsch in der Mandschurei 1931 noch der italienische Einmarsch in Abessinien 1935 verhindert werden, um nur zwei Beispiele zu nennen.

In den 1970er/80er Jahren brach in den USA – nach einer in den 1960er Jahren virulenten Methodendebatte – eine dritte, diesmal wieder paradigmatisch ausgerichtete Debatte in der Disziplin IP aus. Diese bis Ende der 1980er Jahre anhaltende Diskussion war durch den in den USA als „amerikanischen Niedergang“ wahrgenommenen Strukturwandel der Weltwirtschaft ausgelöst worden: Schockauslöser war der Preiskrieg der in der OPEC zusammengeschlossenen erdölfördernden Staaten von 1973. Die Frage, die sich nach der sogenannten Ölkrise Wissenschaft und Politik stellten, lautete: Wie muß US-amerikanische Außenpolitik auf den Strukturwandel der Weltwirtschaft reagieren? Die auf nationalstaatliche Akteure fixierte realistische Theorie hatte hierzu keine befriedigende Antwort anzubieten. Die Forschung war also zur Theoriebildung herausgefordert, um ihrer Aufgabe, der Politik Erklärungen und Entscheidungshilfen zu bieten, gerecht werden zu können. Die wissenschaftlichen Diskussionen in den USA, die zwangsläufig in Westeuropa rezipiert wurden, brachten *zwei Erklärungsansätze* hervor: 1. den „neorealistischen Ansatz“, und 2. den „neoliberalen Ansatz“, auch Neoinstitutionalismus genannt. Beide bestimmten fortan die Diskussion.

Das Neue dieser Ansätze war – verkürzt ausgedrückt – daß sie neben dem staatlichen Akteur auch andere Akteure berücksichtigen. Dies waren vor allem die internationalen Organisationen. Deren Beitrag zur Kooperation und Sicherheit und zur Wahrung der Interessen der „westlichen Welt“ rückte ins Zentrum von Analysen. Das unterschiedliche Menschen- und Weltbild des neorealistischen und neoliberalen Erklärungsansatzes bedingte allerdings eine unterschiedliche Gewichtung hinsichtlich der Bedeutung internationaler Organisationen. Die Schlußfolgerungen weichen dementsprechend voneinander ab:

Der Neoinstitutionalismus geht von drei Axiomen aus: 1. Demokratien führen miteinander keine Kriege; 2. Freihandel und internationale Arbeitsteilung sowie wachsender Wohlstand schaffen eine weltweite Interessenharmonie und reduzieren damit die Neigung zu Kriegen; 3. internationale Institutionen hegen die internationale Anarchie ein und schaffen geordnete Beziehungen zwischen den Staaten. Das heißt, der Neoinstitutionalismus baut in erster Linie auf die normative Kraft von internationalen Organisationen und Abkommen gemäß der idealistischen Annahme, daß der Mensch lernfähig sei; und er baut auf die integrative Funktion (welt-)wirtschaftlicher Verflechtung. Der Neoinstitutionalismus geht allerdings wie der klassische Realismus und Neorealismus davon aus, daß der Mensch nicht selbstlos ist, sondern von Eigeninteressen geleitet wird, d.h. daß er einen Vorteil, einen Gewinn aus kooperativen Verhalten ziehen will. Im Unterschied zu den klassischen Realisten und Neorealisten, die

das Druckpotential einer Hegemonialmacht für die Kooperationsbereitschaft politischer Akteure verantwortlich machen, schlußfolgern Neoinstitutionalisten jedoch, daß die „komplexe Interdependenz“ des internationalen Systems zum einsichtsvollen kooperativen Verhalten auf freiwilliger Basis führt, weil nur so *alle* Gewinn machen können.

Die Erfahrung, wirtschaftlich abhängig und damit verwundbar zu sein, mündete in der politischen Praxis der USA, mitgetragen von westeuropäischen Staaten, in eine zweigleisige Strategie bzw. in eine *Kombination* neorealistischer und neoinstitutionalistischer Erkenntnisse, um diese Verwundbarkeit zu reduzieren. Die *neoinstitutionalistische Annahme* über die kooperationsfördernde Funktion internationaler Organisationen und Regime wurde aufgegriffen und seither ausgebaut. Der *realistischen Annahme*, daß das Druckpotential des Hegemon für Kooperationsbereitschaft entscheidend ist, blieb die Sicherheitspolitik weiterhin verpflichtet; folgerichtig wurde das militärische Potential und die militärische Präsenz vor allem in der für Wirtschaft und Wohlstand der USA und der westlichen Welt als strategisch wichtig angesehenen Region des Nahen Ostens entsprechend erweitert.

In bundesdeutschen Ministerialorganisationen wurden diese beiden Diskussionsstränge rezipiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie in den 1970er/80er Jahren die Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland aussah. Kam es aufgrund der Paradigmenkombination in der Politik zu einem geregelten Austausch zwischen den entsprechend paradigmatisch verorteten Vertretern der Wissenschaft? Die Untersuchung von Wolfgang Bruder aus dem Jahr 1980 belegt, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Ansehen der Sozialwissenschaften einschließlich der Politikwissenschaft bei Angestellten von Ministerialorganisationen im Vergleich z.B. zum Ansehen der Rechtswissenschaften gering war. Benötigte Informationen riefen die Ministerialorganisationen *nicht* bei den Sozialwissenschaftlern ab. Die Reputation der Sozialwissenschaftler war meist dann besser, wenn es bereits zu Kontakten gekommen war, und die Wissenschaftler unter Beweis gestellt hatten, daß sie Praxisrelevantes anzubieten hatten; es handelte sich hierbei jedoch um individuelle Fälle des Austausches. Insgesamt gesehen blieb die Beziehung zwischen Politik und Politikwissenschaft wie auch Untersuchungen von Christine Landfried aus dem Jahr 1986 und Wolf-Dieter Eberwein aus dem Jahr 1994 für die Bundesrepublik belegen, stets punktuell. Traf Wissenschaft und Politik aufeinander, dann wurden allerdings, wie diese Untersuchungen aufzeigen, verhältnismäßig häufig Themen der internationalen Politik, der Entwicklungspolitik und der deutschen Außenpolitik angesprochen.

Die Gründe für diese punktuelle Berührung zwischen politischer Praxis und der Politikwissenschaft sind im Rekrutierungsverfahren (kaum Sozialwissenschaftler) und in der hierarchischen Struktur der Ministerialbürokratie zu sehen. Die Orientierung der Ministerialangestellten, die in den Entscheidungsprozeß involviert waren, richtete sich – wie Wolfgang Bruder in seiner Studie nachweist – an der vorherrschenden Meinung des jeweiligen Vorgesetzten aus. Mit diesem Sachverhalt erklärt Wolfgang Bruder auch die Beständigkeit von einmal übernommenen Erklärungsansätzen und das Festhalten an Konzepten, selbst dann, wenn die Forschung diesbezüglich Neues anzubieten hatte.

Ein Bruch mit dem bislang relativ geringen Ansehen der Disziplin IP bei den Praktikern scheint sich seit 1990 aus pragmatischen Gründen anzubahnen: Die Politik hat einen wachsenden Bedarf an wissenschaftlicher Detailexpertise, die sie selbst personell und wissensmäßig nicht mehr abdecken kann. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die paradigmatische Verortung von Politik und Wissenschaft seit 1990 einen solchen Austausch begünstigt?

2. Die Paradigmendiskussion und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik seit 1989/90

Die Forschungsschwerpunkte und Fragestellungen der Disziplin IP in den USA und Westeuropa sind stets eng mit weltgeschichtlichen Ereignissen und mit dem Erklärungsbedarf der Politiker verknüpft gewesen. Das jüngste Ereignis, das eine neue (vierte) Debatte in der Disziplin IP auslöste, war das von Politikwissenschaftlern nicht prognostizierte Ende der Sowjetunion und der Zusammenbruch kommunistischer Systeme 1989/90.

Erneut waren Politiker enttäuscht von der Politikwissenschaft, da sie keine den Naturwissenschaften vergleichbare Wahrscheinlichkeiten zu berechnen imstande war und ist und keine verlässlichen Prognosen stellen kann. Diese Kritiker verkennen in der Tat die Leistungsfähigkeit der Politikwissenschaft und politikwissenschaftlicher Theorien, die „nur“ konditionale Prognosen zulassen, aber keine konkreten Ereignisse samt Folgen für einen konkreten Zeitpunkt vorhersagen können.

Die Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten, die deutsche Wiedervereinigung und die vorangetriebene europäische Integration, die Auflösung der Bipolarität und der Verbleib nur einer Supermacht

im internationalen System, zeigten seit 1989/90 Rückwirkungen auf das Allianz- und Kooperationsverhalten und zum Teil auf die Innenpolitik von Staaten. Die parallel zu diesen weltpolitischen Veränderungen seit den 1980er Jahren stattfindenden globalen wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse und die sich beschleunigende Revolution im Kommunikationsbereich relativierten zudem den Nationalstaat und seine Souveränität. In den letzten zwanzig Jahren sind weltweit nicht nur marktwirtschaftliche Umstrukturierungen, sondern auch Demokratisierungsprozesse und Regionalisierungstendenzen zu beobachten. Es kam seit 1990 zum Ausbruch zahlreicher innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte um Ressourcen, Identität und Einflußsicherung. Im Zusammenhang mit diesen Konflikten und mit der Kommunikationsrevolution ist eine Multiplizierung von Akteuren festzustellen, die zur Wahrnehmung ihrer Interessen in die Außenpolitik eines Landes, in das internationale System und in internationale Organisationen hineinwirken.

Es waren diese vielfältigen und komplexen weltpolitischen Umbrüche die – trotz der Enttäuschung der Politiker über die mangelnde Prognosekapazität der Disziplin IP – interessanterweise zu einer erhöhten Nachfrage nach wissenschaftlich fundierten Prognosen (auch) in Deutschland führten. Zahlreiche Konferenzen, Workshops, Seminare oder Auftragsstudien z.B. zur Sicherheitspolitik, zu „neuen Risiken“, zu den Chancen politischer Demokratisierung weltweit verdeutlichen dies. Nachgefragt werden seither vor allem auch Prognosen über potentielle Konfliktherde und die Auswirkungen von politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen.

Gleichzeitig kam 1990 ein aus der idealistischen Tradition gespeister Optimismus auf: Die weltweite Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild schien eine Entwicklung hin zu konvergierenden Systemen zu begünstigen und dadurch den weltweiten Frieden in greifbare Nähe zu rücken. Diese Tendenz und Zukunftschancen wollten viele politisch Verantwortliche, Vertreter internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen aus den Öffnungsansätzen vor allem in Osteuropa herauslesen. Politische und wirtschaftliche Transformation wird insbesondere auch aus diesem Grund von den OECD-Staaten unterstützt, ja von den internationalen Geldgebern nahegelegt und sogar per Druck eingefordert. Idealistische Schlußfolgerungen wirken also in Form der „Theorie des demokratischen Friedens“ weiterhin in die praktische Politik hinein; ein anderes Beispiel hierfür ist die Aufforderung an Staaten mit virulenten internen Konflikten oder mit Konfliktpotential, zur Konfliktlösung oder Konfliktvermeidung als dringlichste Maßnahme politische und wirtschaftliche Öffnung (Demokratie und Marktwirtschaft) umzusetzen. Die Empirie lehrt

indessen, daß unter bestimmten Bedingungen unvorbereitet eingeleitete politische und wirtschaftliche Transformationen den Ausbruch latenter Konflikte begünstigen wie z.B. in Algerien in den 1990er Jahren oder im ehemaligen Jugoslawien.

3. *Die Reaktion der Disziplin IP auf die internationale Entwicklung seit 1990*

Für die paradigmatische Diskussion der Disziplin hatten die internationalen Veränderungen seit 1989/90 eine Multiplizierung der Erklärungsansätze zur Folge. Auffallend war insbesondere die Reaktivierung des idealistischen Paradigmas, die in die Forderung nach einer ethisch fundierten Lehre von den internationalen Beziehungen mündete und um die „Theorie des demokratischen Friedens“ kreist. Es kam ferner zur Wiederbelebung des klassischen Realismus und zu einer methodologischen Debatte. Angesichts der weltweit in den 1990er Jahren gewaltsam ausgetragenen Konflikte mit identitärem, religiösem und kulturellem Hintergrund kritisierten vor allem auch die Realisten die dominanten szientizistischen Methoden des Neorealismus der 1980er Jahre und plädierten für die Einbeziehung hermeneutischer Methoden.

Samuel Huntingtons 1993 in *Foreign Affairs* erschienener Artikel und schließlich seine umfangreiche Publikation zum „Konflikt der Zivilisationen“ von 1996, in denen er die These entwickelte, daß künftig nicht politische Macht, Wirtschaft oder Ideologie, sondern kulturelle Affinitäten bzw. Antagonismen die neuen Parameter der Internationalen Beziehungen sein werden, hat zweifellos dazu beigetragen, daß der Faktor Kultur und Religion, also identitäre Konzepte und Normen und ihr Einfluß auf die Akteure im internationalen System in die wissenschaftsinterne Theoriediskussion einfließen.

Unter den Erklärungsansätzen, die dem Institutionalismus verpflichtet sind, ist in diesem Zusammenhang ein Anpassungsversuch an die neuen Entwicklungen hervorzuheben, nämlich die sozialkonstruktivistische Debatte. Ihre Vertreter vergleichen das System der internationalen Beziehungen mit sozialen Beziehungen. Sie gehen davon aus, daß dementsprechend das System der internationalen Beziehungen von Konstruktionsprozessen geformt wird. In diesen Konstruktionsprozessen, die Realität begründen, wird den Kategorien kulturelle, nationale und ethnische Identität eine wichtige Rolle zugewiesen. Die von Yosef Lapid und Friedrich Kratochwil 1996 herausgegebene Publikation mit dem Titel „Zur Rückkehr von Kultur und Identität in die Theorie der Internationalen Beziehungen“ steht beispielhaft für diese Debatte. Andere Debatten finden in kleineren Zirkeln statt,

wie die neue geopolitische Debatte, die vor allem in Frankreich in der Zeitschrift „Herodote“ ihr Sprachrohr fand. Die Disziplin IP ist also seither durch ein Nebeneinander zahlreicher Debatten gekennzeichnet, ohne daß sich bislang eine dominante Lehrmeinung herauskristallisiert hätte.

4. Der Bedarf der Politik an wissenschaftlichen Kontakten seit 1990

Der Politikbereich in den USA und Westeuropa kennt seit 1989/90 ebenfalls eine Renaissance des idealistischen Paradigmas. Das Ziel der „friedlichen Weltordnung“ steht im Mittelpunkt der Diskurse. Weitere Schlüsselbegriffe sind „Kooperation und Frieden durch Integration“ und „Kooperation politischer Systeme und Frieden durch Konvergenz“ im Sinne des Entstehens einer globalen Wertegemeinschaft.

Mit dem Ende des Ostwestkonflikts und dem Beginn einer Welle politischer und wirtschaftlicher Transformation hat der Glaube an das vernunftbegabte Wesen Mensch, das rationalen Argumenten zugänglich ist und sich deswegen im Interesse des eigenen Wohls für eine republikanische Parteiendemokratie und Marktwirtschaft entscheiden wird, erneut außenpolitisches Handeln beeinflusst. Die Debatte um die Konditionierung von Entwicklungshilfe wie auch die Rechtfertigungen für „humanitäre Einmischung“ in Angelegenheiten anderer Staaten, oder die Ausübung von Druck auf Staaten um ein Mehr an politischer Partizipation, Rechtsstaatlichkeit sowie eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zu bewirken, steht in dieser idealistischen Tradition. Die staatliche Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise konzentriert sich in Deutschland dementsprechend auf diese Debatteninhalte.

In der politischen Praxis gehen Maßnahmen, die dem idealistischen Paradigma verpflichtet sind, einher mit Maßnahmen, die dem Realismus und Institutionalismus verpflichtet sind. Die wachsende Medienpräsenz im politischen wie gesellschaftlichen Alltag und die strukturellen Eigenheiten der Medien führten in den OECD-Staaten dazu, daß Öffentlichkeit zur „Moralgemeinschaft“ wurde wie es Friedhelm Neidhardt bereits 1994 prägnant ausdrückte. Als „Moralgemeinschaft“ nimmt diese Öffentlichkeit seither vermehrt Einfluß auf die Politik. Die Forderung nach einer „ethischen“ Grundlage der Außenpolitik und internationalen Politik ist eine Folge dieser Moralisierung der Öffentlichkeit. Der von der Öffentlichkeit ausgehende Zwang zur ethisch-moralischen Rechtfertigung von Politik und politischem Handeln oder Nichthandeln einzelner Politiker ist zumindest *eine* Erklärung für die Wortbildungen zur Verbrämung von Interessenpolitik. Ein Bei-

spiel hierfür ist der Begriff „humanitärer Interventionismus“ oder der Begriff bzw. das Konzept „Responsibility to protect“, das auf der Generalversammlung der UNO 2005 angenommen wurde. Normative Erklärungsansätze mit idealistischen Wurzeln wie die „Theorie vom demokratischen Frieden“ dürften deswegen, ungeachtet ihrer Fähigkeit zur Erklärung der Realität, auch künftig in der Politik rezipiert werden; die kategorische Ablehnung der Huntington-These vom „Kampf der Zivilisationen/Kulturen“ in meist sehr emotional geführten Debatten zu dieser Thematik legt diese Schlußfolgerung nahe.

Unter Bedingungen, in denen Politikern auch in Bezug auf außenpolitisches Handeln eine moralisierende Öffentlichkeit gegenübersteht, läuft die – in Deutschland sowieso nicht sehr enge – Beziehung zwischen Politik und der Disziplin IP Gefahr, weiter zu verflachen. Das heißt, es besteht die Gefahr, daß die Kontakte zur Wissenschaft nach dem Kriterium der Vereinbarkeit mit den Erwartungen der „öffentlichen Moralgemeinschaft“ verlaufen. Der Wissenschaft würde unter diesen Umständen keine kritische Funktion zugewiesen. Sie würde dann überwiegend zur Legitimation politischer Maßnahmen herangezogen. Ihre Nutzung zum prospektiven Erkennen von Problemen oder zur Evaluierung von Maßnahmen und zum Aufzeigen von Alternativoptionen dürfte unter diesen Umständen noch weiter schrumpfen.

Die verbreitete Einschätzung der Politik, daß die Disziplin IP an den Universitäten wenig anwendungsorientiert ausgerichtet ist, kann diese Gefahr, auf Legitimationsaufgaben reduziert werden, noch verstärken. Allerdings spiegelt diese Einschätzung durchaus die Realität wie die von Ernst-Otto Czempel 1986, Volker Rittberger und Hartwig Hummel 1990 und Wolf-Dieter Eberwein 1994 in ihren Bilanzen zur Situation der Disziplin aufzeigten. Eberwein betonte allerdings zu recht, daß die Disziplin das Potential hätte, um in einen kontinuierlichen Austausch mit der Politik zu treten.

Rittberger und Hummel empfahlen neben der wichtigen Aufgabe der Grundlagenforschung und Ausbildung des Nachwuchses die anwendungsbezogene Forschung in Form von Politikberatung in forschungspolitische Überlegungen einzubeziehen; gleichzeitig sollte die Vermittlung von Forschungsergebnissen gemäß der Aufklärungsfunktion der Wissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit durch eine Art Public-Relations-Arbeit verstärkt werden. Seit 1990 ist die Disziplin jedoch überwiegend „mit sich selbst beschäftigt“ wie die Fülle an Publikationen zur internen paradigmatischen und methodologischen Debatte belegen.

Daran haben auch die Anschläge islamistischer Terroristen vom 11. September 2001 in New York und Washington nicht grundlegend etwas geändert (Mattes 2009), obwohl der Orientierungsbedarf der Politik – wie sich an diesem Ereignis und den Folgen (Intervention und Krieg in Afghanistan und Irak) deutlich zeigte – nicht nur in den USA, sondern auch in europäischen Staaten über die Entwicklungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost besonders angestiegen ist. Die universitären Einrichtungen und selbst außeruniversitäre Forschungseinrichtungen pflegen die letzten Jahre mehr denn je gerade auch in den Politik- und Sozialwissenschaften einen „typisch“ universitären Diskurs und Ansatz, heben „Workings papers“ mit einem üppigen sogenannten theoretischen Vorspann und umfangreicher Darstellung der „State of the art“ als Non-plus-ultra, als „must have“ hervor. Ob dies einer konstruktiven, sich gegenseitig nützenden Beziehung zur Politik dient, steht dabei erst gar nicht zur Diskussion. Es sind eher private Stiftungen, die ihre Arbeit politiknah gestalten und dabei dennoch wissenschaftlich fundiert arbeiten. Sie befassen sich wie beispielhaft die Körber-Stiftung mit IP-relevanten Themen unter dem Motto: „Politik braucht Standpunkte: unbequeme Einsichten, provokante Ansichten, weitsichtige Vorschläge“.³

Die Umsetzung der 1990 formulierten Empfehlungen Rittbergers und Hummels für die Disziplin IP steht somit auch 2009 noch aus. Um das Ansehen der Disziplin IP in Deutschland zu stärken, wäre es jedoch notwendig, diese Empfehlungen zu berücksichtigen, hat die Disziplin doch einen wissenschaftlichen Auftrag, der nicht losgelöst von der Politik umgesetzt werden kann: Sie will und soll ja schließlich Einsichten und Beobachtungen produzieren, die Entwicklungen erklären, wenn möglich Gesetzmäßigkeiten erkennen lassen und die Szenarienformulierungen in die Zukunft erlauben. Die Politiknähe der Disziplin IP bzw. ihrer Forschung ist damit implizit gegeben. Wenn die Disziplin ihren wissenschaftlichen Auftrag ernst nimmt, müßte sie nach Meinung der Autoren dieses Beitrags vier Erfordernisse erfüllen:

- Sie muß die potentiellen Adressaten politikwissenschaftlicher Erkenntnisse und Prognosen und deren „Bedarf“ berücksichtigen. „Bedarf“ heißt hier zum einen die konkrete Nachfrage und zum anderen das von seiten einer kritischen Wissenschaft vorausschauend als Bedarf erkannte Wissen.
- Sie muß sich aus der Abhängigkeit von der US-amerikanischen Disziplin und ihrer Konzentration auf US-amerikanisches nationales Interesse lösen, wie dies Michael Zürn bereits 1994 forderte. Die Disziplin muß eine deut-

³ So die Werbung zur 2007 lancierten Edition Körber-Stiftung; www.edition-koerber-stiftung.de.

sche und europäische Problemwahrnehmung entwickeln und diese auch zur Grundlage ihrer theoretischen Debatte machen.

- Sie muß ihre paradigmatischen Grundlagen, ihr Menschen- und Weltbild mit wissenschaftlichen Methoden hinterfragen und die Empirie stärken. Um zu politikrelevanten Aussagen zu kommen und Erklärungsansätze prüfen zu können, wäre es beim derzeitigen Debattenstand z.B. denkbar, sich auf breit angelegte politische Lageanalysen zu konzentrieren, zumal diese einen Methodenmix zulassen.
- Schließlich darf sich die Disziplin, um zu *relativ* verallgemeinerbaren Erkenntnissen zu kommen, in ihrer Forschung nicht fast ausschließlich auf OECD-Staaten und Akteure der Groß- und Regionalmächte außerhalb des OECD-Rahmens konzentrieren. Die letzten Jahre führten vor Augen, daß auch Akteure ohne wirtschaftliche, politische und militärische Macht (wie z.B. transnational agierende Oppositionsgruppen; Menschenrechtsorganisationen; terroristische Gruppen) vor allem mit Hilfe der Medien und neuen Kommunikationstechnologien Einfluß auf die Außenpolitik von Staaten, auf internationale Organisationen und die internationale Politik nehmen können. Notwendig wäre es deswegen, alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure im internationalen System gleichermaßen zu berücksichtigen.

Gerade weil Politikentscheidungen „die Lebenswirklichkeit von Menschen prägen“,⁴ sollte die Disziplin IP und speziell auch ihre Regionalspezialisten sich mit Blick auf die Verwertbarkeit ihrer Kenntnisse für die Politik „politiknaher“ geben und dazu beitragen, daß die Politik durch ihre Beiträge eine gründlichere und differenzierte, pluralere Kenntnis der Wirklichkeiten erhält.

Im Text genannte Literatur:

- Bruder, Wolfgang 1980: Sozialwissenschaftliche Politikberatung. Zur Nutzung sozialwissenschaftlicher Informationen in der Ministerialorganisation, Opladen
- Czempiel, Ernst-Otto 1986: Der Stand der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, PVS, Sonderheft 17, Opladen, S. 250-263
- Dagger, Steffen u.a. (Hrsg.) 2004: Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden

⁴ So die SPD-Abgeordnete Ute Vogt in dem Sammelband „Politikberatung in Deutschland“.

- Eberwein, Wolf-Dieter (in Zusammenarbeit mit Barbara Hörsch) 1994: Beziehungsprobleme: Zum Verhältnis Wissenschaft und Praxis, in: Zapf, Wolfgang/Dierkes, Meinolf (Hrsg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik, Berlin, S. 57-81
- Huntington, Samuel P. 1996: The Clash of Civilisations and the Remaking of World Order, New York
- Landfried, Christine 1986: Politikwissenschaft und Politikberatung, in: von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, PVS-Sonderheft 17, Opladen, S. 100-115
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.) 1996: The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder u.a.
- Mattes, Hanspeter 2009: Memorandum zur Lage der politischen Nahostforschung in Deutschland, Hamburg, 15 S.
- Neidhardt, Friedhelm 1994: Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsprobleme der Wissenschaft, in: Zapf, Wolfgang/Dierkes, Meinolf (Hrsg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik, Berlin, S. 39-56.
- Offe, Claus 1977: Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften, in: Wissenschafts-Zentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt a.M., S. 321-331
- Rittberger, Volker/Hummel, Hartwig 1990: Die Disziplin „Internationale Beziehungen“ im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahmen und Forschungsperspektiven, PVS-Sonderheft 21, Opladen, S. 17-47
- Vogt, Ute 2004: „Nichts genaues weiß man nicht“. Politikberatung aus den Erfahrungen der Praxis, in: Dagger, Steffen u.a. (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland, Wiesbaden, S. 30-36
- Zürn, Michael 1994: We can do much better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in den USA und Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Baden-Baden, Jg.1, Nr. 1, S. 91-114

© Edition Wuqûf 2009, www.wuquf.de

Die Wuqûf-Kurzanalysen erscheinen unregelmäßig; sie informieren über aktuelle Entwicklungen in den Staaten Nordafrikas bzw. im arabisch-islamischen Raum oder versuchen, zielgerichtet bestimmte Themenkomplexe zu kommentieren und zur Diskussion anzuregen.

Die Wuqûf-Kurzanalysen sind eine privat finanzierte Reihe und werden kostenlos Online zur Verfügung gestellt.

Herausgeber / Autoren

PD Dr. habil. Sigrid Faath. Studium der Politischen Wissenschaft, Ethnologie und Soziologie; Privatdozentin am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg. Freiberufliche Tätigkeit als Consultant mit Spezialisierung auf Nordafrika/Nahost; seit 2009 bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin Projektplanung Bearbeitung eines Projekts zu den Sunnitisch-schiitischen Kontroversen in der Region (Ursachen und Konfliktpotential) . Kontakt: faath@dgap.org , sfaath@wuquf.de

Dr. Hanspeter Mattes. Diplom-Volkswirt, Dr. phil. (Politische Wissenschaft); 1976-79 Stipendiat im Schwerpunktprogramm „Gegenwartsbezogene Orientforschung“ der Stiftung Volkswagenwerk (Arabischstudium; Forschungsaufenthalt in Libyen). Seit 1983 im Rahmen des Deutschen Übersee-Instituts bzw. seiner 2007 begründeten Nachfolgeeinrichtung GIGA German Institute of Global and Area Studies mit Nahostforschung befaßt.

Kontakt: mattes@giga-hamburg.de , hmattes@wuquf.de